

Motion Fraktion SP/JUSO (Rosmarie Okle Zimmermann, SP) vom 29. April 2004: Neue Wohnformen für ältere Menschen: Abschreibung von Punkt 2

Am 17. März 2005 behandelte der Stadtrat die folgende Motion Fraktion SP/JUSO vom 29. April 2004. Punkt 1 wurde von den Motionärinnen und Motionären zurückgezogen, Punkt 2 der Motion wurde erheblich erklärt.

Die Wohnbedürfnisse und Wohnformen der älteren Menschen sind vielfältig. Wohnung und Wohnumgebung gewinnen mit zunehmendem Lebensalter an Bedeutung. Darin sind sich die Altersforscherinnen und Altersforscher einig. Die Generation der über 55-Jährigen wünscht sich für die letzte Lebensphase allerdings kaum ein Alters- oder Pflegeheim. Sie stellt sich vielmehr ein selbstbestimmtes Altern in einer selbst gewählten Wohnform vor.

In Bern nimmt die Zahl von Frauen und Männern zu, die sich für eine gemeinschaftliche Wohnform in der zweiten Lebenshälfte interessieren. In einer Hausgemeinschaft zum Beispiel organisieren sich die Bewohnerinnen und Bewohner bei der Gestaltung ihres Zusammenlebens und gegenseitiger Hilfe selbständig und wirken so aktiv einer drohenden Vereinsamung im Alter entgegen. Sie bewohnen eine kleinere Wohnung in einer gekauften oder gemieteten Liegenschaft, in der ein Gemeinschaftsraum das Zentrum des gemeinschaftlichen Lebens bildet. Bis heute existieren in der Schweiz erst wenige Modelle solcher Hausgemeinschaften für ältere Menschen. Zwei davon wurden in den letzten Jahren in Bern realisiert, das Stürlerhaus und die Woge 55+.

Der Hauptgrund, dass diese auch bei älteren Menschen zunehmend beliebter werdende Wohnform erst vereinzelt realisiert werden konnte, ist wohl die Schwierigkeit, auf dem Markt eine geeignete Liegenschaft zu finden. Auch hohe Investitionskosten bedeuten vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen und wenig Vermögen ein kaum überwindbares Hindernis. Zudem ist es für Interessierte schwierig, ohne fachliche Unterstützung und Begleitung auf dem mühsamen Weg von der Idee bis zur Realisierung eines Projekts voranzukommen.

Im Alterskonzept vom April 2000 ist erwähnt, die Stadt würde solchen Projekten prinzipiell positiv gegenüberstehen. Sie würde sich bei Pilotprojekten für Ausnahmeregelungen einsetzen und sich allenfalls auch in finanzieller Hinsicht engagieren, bis ordentliche Lösungen für sich bewährende Wohnforen im Alter gefunden werden können.

Gemeinschaftliche Wohnformen sind Zukunftsmodelle, deren Realisierung allerdings Mut und Risikobereitschaft erfordern. Mit der Förderung und Unterstützung eines Pilotprojekts für Menschen mit kleinen finanziellen Ressourcen könnte die Stadt dieser Wohnform in Bern zum Durchbruch verhelfen. Sie würde damit einen aktiven Beitrag leisten an die Vielfalt der Wohnformen im Alter und längerfristig gegen die angespannte Situation im Altersheimbereich.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat

- eine Machbarkeitsstudie „Gemeinschaftliches Wohnen“ vor allem auch für ältere Menschen mit kleinem Einkommen zu erarbeiten;
- sich zusätzlich dafür einzusetzen, dass auf allen geplanten Wohnflächen, auf welche die Stadt Einfluss nehmen kann, bauliche Voraussetzungen für gemeinschaftliche Wohnformen im Alter geschaffen werden.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 29. April 2004

Motion Fraktion SP/JUSO (Rosmarie Okle Zimmermann, SP), Liselotte Lüscher, Margrith Beyeler Graf, Andreas Zysset, Markus Lüthi, Béatrice Stucki, Beat Zobrist, Thomas Göttin, Guglielmo Grossi, Ruedi Keller, Andreas Flückiger, Oskar Balsiger, Rolf Schuler, Walter Christen, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Raymond Anliker, Sylvia Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärner, Peter Blaser, Stefan Jordi, Margrit Stucki-Mäder, Christian Michel

Bericht des Gemeinderats

Die Abklärungen des Gemeinderats haben ergeben, dass bereits heute zahlreiche Objekte bestehen, bei denen alle baulichen Voraussetzungen für die Realisierung gemeinschaftlicher Wohnformen im Alter erfüllt sind. Der Gemeinderat geht davon aus, dass das Fehlen von Wohngemeinschaften in der Stadt Bern nicht mit einem Mangel an geeigneten Angeboten begründet werden kann. Die Ursache dafür liegt bei der weitgehend fehlenden Nachfrage. Wohl gibt es eine Gruppe von 60 bis 70 Personen, die ein grundsätzliches Interesse an alternativen Wohnformen bekundet und in Kontakt mit der Pro Senectute steht. Die Bereitschaft, sich zu organisieren und mit potenziellen Investorinnen und Investoren Verträge abzuschliessen, ist jedoch nicht vorhanden. Damit werden die Aussagen des Altersforschers François Höpflinger im Age Report „Traditionelles und neues Wohnen“ bestätigt: Beim gemeinschaftlichen Wohnen handelt es sich um ein Modell der Zukunft. Aktuell bringt ein Teil der älteren Generation neuen Wohnformen eine gewisse Sympathie entgegen, letztlich werden aber Wohn- und Hausgemeinschaften lieber anderen überlassen.

Sollte sich dies in Zukunft ändern und sich eine Gruppe von Interessentinnen und Interessenten dazu entschliessen, sich im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu formieren, kann diese auf die Unterstützung der zuständigen Fachabteilungen der Stadt zählen.

Wie vorstehend dargelegt sind in der Stadt Bern verschiedene Wohnflächen vorhanden, die sich bestens für gemeinschaftliche Wohnformen im Alter eignen. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass die Motion erfüllt ist.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, den erheblich erklärten Punkt 2 der Motion abzuschreiben.

Bern, 31. Mai 2006

Der Gemeinderat